

Antworten der GRÜNEN auf die Fragen des BUND vom 01.08.2016 zur Kommunalwahl 2016

Frage 1 / Verkehr allgemein:

Seit der Gründung unserer Partei setzen wir uns für die Förderung des ÖPNV (Öffentlichen Personennahverkehrs) und des Fahrradverkehrs ein. Die Antwort lautet also eindeutig JA! Um eine ökologische Verkehrspolitik zu erreichen, unterstützen wir beispielsweise folgende konkrete Maßnahmen: Wir wollen das Radwegenetz und den Ringgleisweg weiter ausbauen. Wir wollen hochwertige Fahrradabstellanlagen und Fahrradparkhäuser. Wir wollen Innenhöfe und Vorgärten erhalten und nicht zu Parkplätzen umwandeln. Wir wollen die Stadtbahn auf stark nachgefragten Strecken ausbauen. Wir wollen schnellere Regionalverbindungen und mehr Elektromobilität.

Frage 2 / Stadtstraße Nord:

Wir sind bereits bei dem Beschluss über die Gestaltung der Stadtstraße Nord für die von *MoVeBS* (Aktionsbündnis zur Verbesserung von Mobilität und Verkehr in Braunschweig) entworfene Variante eingetreten, konnten uns damit jedoch leider nicht gegen die Mehrheit aus den anderen Fraktionen durchsetzen. Es ist also nicht nur die Verwaltung, die eine Hauptverkehrsstraße plant, sondern die große Mehrheit des Rates, die dem motorisierten Individualverkehr leider immer noch zu viel Raum gibt.

Frage 3 / Verkehrsbelastung in Watenbüttel:

Eine „Ortsumgehung“ für Watenbüttel wird seit mehr als 30 Jahren vergeblich diskutiert, würde aber lediglich zu einer Verlagerung der Belastungen aus dem Verkehr und zu einer großflächigen Zerstörung der Okeraue führen. Deshalb treten wir schon lange dafür ein, den Durchgangsverkehr in Watenbüttel so zu verlangsamen, dass die längst bestehende Umgehung über die Westtangente und die A 2 genutzt wird. Perspektivisch streben wir den Rückbau des völlig unsinnigen Autobahnstutzens von der Celler Straße nach Watenbüttel an. Es wird Zeit, dass auch die anderen Parteien begreifen, dass mehr Straßen - wie eine Ortsumgehung in Watenbüttel - nicht etwa weniger, sondern noch mehr Verkehr produzieren.

Frage 4 / Baugebiete und biologische Vielfalt:

Die Vorschläge des BUND sind alle sehr gut geeignet, die negativen Auswirkungen neuer Flächenversiegelung beim Bau von Wohnhäusern zu minimieren. Deshalb werden wir auch alle diese Vorschläge gerne aufgreifen und im Rat vertreten. Zugleich erscheint uns notwendig, in jedem Neubaugebiet so weit wie möglich die Versiegelung der Flächen zu begrenzen, was automatisch eine verdichtete, mehrgeschossige Gestaltung der Wohngebiete beinhaltet. Natürlich bevorzugen wir für den Neubau eher bereits versiegelte Flächen wie alte Kasernen oder brachgefallene Industrieflächen. Leider werden diese jedoch nicht ausreichen, so dass wir dem Zielkonflikt zwischen dem Erhalt von natürlichem Lebensraum für Pflanzen und Tiere und der notwendigen Schaffung neuen Wohnraums nicht entkommen können.

Frage 5 / Baugebiete unter dem Gesichtspunkt Klimaschutz:

Grundsätzlich wollen wir den Flächenverbrauch reduzieren und Neubausiedlungen nicht am Stadtrand auf der grünen Wiese, sondern durch Nachverdichtung in der Innenstadt erreichen. Diese Nachverdichtung oder auch Innenverdichtung muss natürlich mit Augenmaß erfolgen – unsere Stadt darf nicht zu stark überbaut oder gar zubetoniert werden! Insofern halten wir es im Allgemeinen nicht für vertretbar, bestehende Grünflächen zu überbauen. Wir möchten etablierte Wohnquartiere und geplante Baugebiete möglichst großzügig durchgrünen – zum Wohle von Menschen, Tieren und Pflanzen.

Frage 6 / Baumschutz:

Wir werden uns auf jeden Fall weiter dafür einsetzen, dass Bäume in Braunschweig besser geschützt werden. Auch hier lautet unsere Antwort eindeutig JA! Die Abschaffung der Baumschutzsatzung durch CDU und FDP ist bekanntlich gegen unseren erbitterten Widerstand erfolgt und wir halten diese nach wie vor für einen großen Fehler. Daher unterstützen wir alle Maßnahmen, die in eine positive Richtung gehen. Dazu gehören aus unserer Sicht alle vom BUND angesprochenen (Ausweisung von Naturdenkmälern, Fördermaßnahmen zum Baumerhalt, Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung, Förderung von Neupflanzungen). Weitere Vorschläge aus unserem Wahlprogramm für ein Grüneres Braunschweig: Erstellung eines Kleingartenentwicklungskonzeptes, Ausweisung neuer Kleingärten und wohnungsnaher Gemeinschaftsgärten, Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung.

Frage 7 / Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen:

Das Monitoring von Ausgleichsmaßnahmen für durch Baumaßnahmen zerstörte Naturflächen muss natürlich in ausreichendem Umfang erfolgen. Zuständig für die Umsetzung der Naturschutzmaßnahmen ist nach dem Bundesnaturschutzgesetz zunächst der Verursacher des Eingriffs. Die Verwaltung hat dabei die Kontrollfunktion. Die Erfüllung dieser Pflichtaufgabe muss selbstverständlich durch die ausreichende Ausstattung mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Umwelt- und Naturschutzabteilung sichergestellt werden. Dafür wollen wir sorgen. Zusammen mit der BIBS fordern wir seit geraumer Zeit eine zusätzliche Stelle für einen Biologen / eine Biologin in der genannten Abteilung. Durchsetzen konnten wir bei den letzten Haushaltsberatungen immerhin schon mal eine halbe Stelle. Wir wollen aber weiterhin eine ganze Stelle oder mehr.

Frage 8 / Zuweisungen von öffentlichen Plätzen an Zirkusse:

Wir GRÜNEN setzen uns seit langem dafür ein, dass bestimmte Wildtiere, die unter den Zirkusbedingungen leiden, nicht mehr in Zirkussen vorgeführt werden dürfen. Bisher konnte sich die Mehrheit im Bundestag leider noch nicht dazu durchringen, dieses Problem über ein entsprechendes Bundesgesetz zu ändern, obwohl u. a. auf Druck Grüner Landesminister der Bundesrat längst einen entsprechenden Beschluss gefasst hat. Wir wollen alle rechtlichen Möglichkeiten auch auf kommunaler Ebene nutzen, um das Präsentieren von Wildtieren in Zirkussen zu verhindern und die Haltung anderer Zirkustiere zu optimieren. Dazu haben wir bereits in der vergangenen Ratsperiode einen Antrag eingebracht, der aber von der Ratsmehrheit abgelehnt wurde.